Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkauf und Distribution: Drag 11., Hefenanfa 18. • Telefon: 20705, 31400. • (Kundendienst): 20707 • Postfach: 57344

11 Jahrgang.

Mittwoch, 23. Dezember 1931

Nr. 298.

5,34.000 Arbeitslose in Deutschland.

Berlin, 22. Dezember. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1931 hat sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt, wie zu erwarten war, in der ersten Hälfte des Dezember verstärkt. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen belief sich auf rund 290.000, womit eine Belastung von rund 5,349.000 erreicht wurde. In der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zunahme mit rund 278.000 neu gemeldeten Arbeitslosen nur um wenig geringer.

Wer bezahlt was alles?

Berlin, 22. Dezember. Die nationalsozialistische Partei hat die ehemalige Waffenfabrik Burgsmüller in Kreienfeld gekauft und diese als S. A. Kaserne eingerichtet. In dieser Kaserne sollen ständig etwa 150 Nationalsozialisten zur Ausbildung untergebracht werden. Am Sonntag ist eine neue Kaserne eingeweiht worden, die Einrichtung wurde von einem protestantischen Pfarrer vorgenommen. Trotz des Uniformverbotes laufen die S. A.-Mitglieder in Uniformen mit großen Hakenkreuzen öffentlich auf den Straßen herum oder halten sich in Uniformen in den Gastwirtschaften auf. Aus allen umliegenden Gegenden sind Nationalsozialisten in Kreienfeld zusammengezogen, ständig finden Feld- und Nachschüßungen statt. Die aus Kreienfeld der Eisenbahner mitgeteilt wird, sollen bei dem Kauf der Burgsmüllerschen Waffenfabrik auch für rund 60.000 Mark Waffen übernommen worden sein.

Der Schutz des französischen Arbeitsmarktes.

Das Gesetz in einer Nachsitzung angenommen.

Paris, 22. Dezember. Die Kammer hielt heute wiederum eine Nachsitzung ab, in der sie die Gesetzesnovelle betreffend den Schutz der heimischen Arbeiterschaft vor den ausländischen Arbeitern annahm. Von ausländischen Arbeitern wird in Frankreich der Vorrang eingeräumt werden:

1. politischen Exulanten, vor allem russischen und italienischen,
2. ehemaligen Frontkämpfern des Weltkrieges in den Reihen der Entente-Armeen,
3. ausländischen Arbeitern, die eine Französin zur Frau nahmen,
4. ausländischen Arbeitern, die in Frankreich bei der Arbeit einen Unfall erlitten haben.

Erst nach Erschöpfung dieser vier Gruppen wird auf andere Kategorien von ausländischen Arbeitern Rücksicht genommen werden. Die Regierung hat sich weiterhin verpflichtet, vor allem darauf zu achten, daß nicht Landarbeiter Arbeit in den Städten und Fabriken suchen.

Mit 302 gegen 261 Stimmen wurde ein Zusatzantrag der sozialistischen Deputierten abgelehnt, der forderte, daß ausländischen Arbeitern zu ähnlichen Bedingungen wie die französischen Arbeiter erhalten sollen.

Demissionsverfahren in der Schweiz.

Bern, 21. Dezember. Der schweizerische Nationalrat hat mit 88 gegen 30 Stimmen den Bundesrat ermächtigt, zum Schutze der nationalen Erzeugung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorübergehend die Einfuhr bestimmter Waren zu beschränken oder von Bewilligungen abhängig zu machen.

Blutige Wahlen in Jamaika.

Paris, 21. Dezember. Bei den gestrigen Wahlen zum jamaikanischen Parlament ist es in Omasak und in Oama zu Zwischenfällen gekommen. Die Wahlbüros wurden von Demonstranten gestürmt und die Wahlurnen zerstört. Zwischen Polizei und Demonstranten entbrannte ein erbitterter Kampf mit Messern und Revolvern. Die Ruhe konnte nur mit Mühe wieder hergestellt werden. In beiden Orten mußte man die Wahl abbrechen.

Die australischen Wahlen.

London, 22. Dezember. Die Wahlen zum australischen Bundesparlament hatten folgendes Ergebnis: Labour-Party 13 (35), Nationalisten und Farmer 52 (35), Unabhängige Labour-Party 10 (5).

Die Labour-Regierung ist auf Grund des Wahlergebnisses zurückgetreten.

Ungarisches Moratorium für Auslandsschulden

Zinszahlungen in Bengo an einen Fonds. — Stillhalteabkommen geplant.

Budapest, 22. Dezember. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Ungarn kündigt an, daß es in den kommenden zwölf Monaten seine fälligen Auslandsschulden, abgerechnet einige Ausnahmen, nicht nur in fremden Zahlungsmitteln, sondern auch in Bengo tilgen wird. Die Zahlung erfolgt nicht direkt zu Händen der Gläubiger, sondern in einen von der Ungarischen Nationalbank verwalteten Fonds, aus dem die ausländischen Forderungen im Einvernehmen mit dem von der U. N. der Ungarischen Nationalbank zugewiesenen Beirat unter Anführung des Vertreters der Gläubiger honoriert werden. Hinsichtlich der privaten kurzfristigen Anleihen strebt die Regierung sechsmonatige Stillhalteabkommen an.

Ueber diese Maßnahmen wird ein Kommuniqué veröffentlicht, worin es heißt: Der außerordentliche Preisanstieg der wichtigsten ungarischen Ausführungsprodukte und die im Gefolge davon auftretenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Devisen zwingen die ungarische Regierung, die in fremder Währung erfolgenden Zahlungen der öffentlichen und privaten Selbstschulden vom 23. Dezember 1931

angefangen mit gewissen Ausnahmen zu sistieren. Die zur Verfügung stehenden ausländischen Zahlungsmittel werden in erster Reihe für den Dienst der 7 1/2prozentigen Völkerbundanleihe aus dem Jahre 1924 verwendet. Sofern es die Devisenbestände zulassen, wird auch der Zinsendienst anderer namentlich angeführter Anleihen in ausländischen Zahlungsmitteln versehen. Die Kreditoren staatlicher oder staatlich garantierter (nicht in Bengo zu tilgender) Anleihen werden, sofern dieser Anleihebonds mit Hilfe von ausländischen Zahlungsmitteln keine volle Befriedigung findet, aufgefordert, ihre Forderungen bis zur erfolgten endgültigen Regelung für die Dauer der nächsten zwölf Monate bereit zu halten, daß der gesamte Dienst aller dieser Anleihen, in Bengo umgerechnet, zu Gunsten der Obligationenbesitzer auf die bei der Ungarischen Nationalbank geführte gesperrte Rechnung eingezahlt werden. Die interessierten ausländischen Regierungen werden von der ungarischen Regierung ersucht, daß sie hinsichtlich der im Wege der Kontroll- und Ausgleichsmaßnahme zur Abwicklung gelangenden und noch nicht erfüllten Zahlungen Übergangsweise einer ähnlichen Regelung zustimmen.

Krieg bedeutet Bürgerkrieg!

Scharfe Sprache Vanderveldes.

Brüssel, 22. Dezember. (Eigenbericht.) In der belgischen Kammer wurde heute ein Regierungsentwurf über die Erhöhung des Heereskontingents von 33 auf 34.000 Mann verhandelt.

Vandervelde bekämpfte den Entwurf und polemisierte gegen eine Rede des französischen Kriegsministers, der erklärt hatte, Frankreich allein habe zu entscheiden, was es für seine Rüstungen benötige. Das sei ein unzulässiger Standpunkt in einer Zeit, wo Oesterreich und Deutschland entwaffnet wurden. Es könnten in Europa nicht zwei Kategorien von Völkern nebeneinander leben; die Siegerstaaten müßten die Versailler Versprechungen einlösen. Wenn die Genfer Konferenz scheitern sollte, würde Deutschland das Recht beanspruchen, wieder aufzurüsten. Die Folge wäre schließlich eine Katastrophe. Dann würden in allen Ländern Millionen sich weigern, in den Krieg zu ziehen. Es würde also nicht einen Krieg von Volk zu Volk, sondern Bürgerkriege innerhalb der Völker geben, die zum Untergang der Zivilisation führen würde.

Die neuen Kreditanstaltsgesetze.

Der Angriff auf die Kollektivverträge abgewehrt.

Wien, 22. Dezember. (Eigenbericht.) Ueber die neuen Kreditanstaltsgesetze wurden heute den ganzen Tag Verhandlungen mit den Organisationen der Staatsangestellten geführt, an denen auch Vertreter der politischen Parteien teilnahmen. Es gelang den Sozialdemokraten im wesentlichen, den Angriff auf das Kollektivvertragsrecht abzuwehren. Mit den Angestellten der Kreditanstalt werden neue Kollektivverträge abgeschlossen. Schwieriger waren die Verhandlungen mit den Angestellten der Konzernunternehmungen der Bank. Schließlich gelang es auch hier durchzusetzen, daß die Kollektivverträge nur bei den Direktoren, die einen Gehalt von 1600 bis 2000 Schilling monatlich haben, aufgehoben werden. Gehaltskürzungen bei den Angestellten unterbleiben, da bereits im Oktober Gehaltskürzungen, die etwa neun Millionen Schilling ausmachten, von den Angestellten zugestanden worden waren.

Um 9 Uhr abends trat dann ein Ausschuß zusammen, der alle diese Vereinbarungen formulieren soll.

Die Oesterreicher sollen zu Hause bleiben.

Wien, 22. Dezember. (M.) Die Oesterreichische Nationalbank ersucht in einer Mitteilung das österreichische Publikum eindringlich, dem Ernste der Zeit und der wirtschaftlichen Lage des Landes Rechnung zu tragen und sich in Reisen nach dem Auslande die größte Selbstbeschränkung aufzuerlegen.

Der Vormarsch auf Tschingtschau.

Neue Zusammenstöße bevorstehend.

Peking, 22. Dezember. Die Lage in der Mandchurei hat sich infolge des neuen Vormarsches der japanischen Truppen in Richtung auf Tschingtschau neuerlich verschärft. Japan behauptet zwar, daß diese militärische Aktion bloß gegen die Banditen gerichtet ist, doch ergibt sich trotzdem die Gefahr, daß es zwischen der japanischen Armee und den chinesischen regulären Truppenabteilungen zu einer Schlacht kommen werde.

Die Kommandanten der chinesischen regulären Streitkräfte sind nämlich fest entschlossen, dem weiteren Vormarsch der japanischen Streitkräfte Widerstand entgegenzusetzen. Der chinesische Außenminister W. Koo hat bereits dem Völkerbund die Mitteilung zugehen lassen, daß im Falle eines japanischen Angriffes auf Tschingtschau die chinesische Armee gezwungen sein werde, zur Selbstverteidigung zu schreiten.

Die im Vormarsch auf Tschingtschau befindliche japanische Armee führt Maschinengewehre, Feldgeschütze und Tanks mit sich. Außerdem wird sie von Bomben- und Aufklärungsflugzeugen begleitet. Es wird behauptet, daß die japanische Armee den strengen Befehl erhalten habe, die Pone der südmandschurischen Eisenbahn „von chinesischen Truppen zu säubern“. Andere Meldungen besagen wiederum, daß die Japaner bereits vollumfänglich die ganze Wirtschaftsverwaltung des besetzten mandschurischen Gebietes übernommen haben, daß sie mit ihren Staatsbürgern überfluten wollen.

Die Untersuchungskommission ernannt.

Genf, 22. Dezember. (Savak.) Der Völkerbund hat den Beschluß gefaßt, den Untersuchungs-ausschuß nach der Mandchurei unter dem Vorsitz Lord Vinton's zu entsenden. Die weiteren Mitglieder des Ausschusses sind: Der französische General Claudel, der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Schnee, Graf Aldobrandini (Italien) und der amerikanische Sachverständige Hines.

Die Nationalregierung zurückgetreten.

Kantung, 22. Dezember. (Kenter.) Die Nationalregierung ist zurückgetreten. Tschiangkai-schek ist auf dem Landwege nach Fenghuo abgereist.

In der Demission der Nationalregierung verlaute noch, daß der bisherige Ministerpräsident die Minister eindringlich aufgefordert habe, ihre Portefeuilles vorläufig noch beizubehalten, und es ablehnte, die Demission anzunehmen. Tschiangkai-schek soll offenbar deswegen abgereist sein, da er der Meinung war, daß seine Partei bei der Sitzung der Kuomintang infolge der Ankunft der Kantoner Delegierten in der Minorität bliebe.

Es heißt: Gesundheitsministerium! Wie mühe es heißen?

Die Erschütterung der Fundamente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Niedergang der Produktion bedroht in diesem furchtbaren Krisenwinter wohl alle Gesellschaftsklassen, sie wirkt sich aber wie jede Krise am allermeisten an den ärmsten Bevölkerungsschichten aus, auf deren schwache Schultern die Lasten von den Besitzenden so weit nur immer möglich abgerollt werden. Daß durch Senkung des Reallohnes, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, das als Nationalisierung ausgerufenen Antreibesystem die Volksgesundheit in bedrohlichster Weise erschüttert, die heranwachsende Generation in geistiger, leiblicher und sittlicher Beziehung aufs grausamste in kaum mehr je gut zu machender Weise geschädigt, das Wiederaufblammen der durch die Fortschritte der argentinischen Wissenschaft, der Hygiene, der Sozialversicherung und der Fürsorgetätigkeit zurückgedrängten Volksseuchen herbeigeführt werden muß, erleben und beobachten wir schon jetzt an Tausenden von furchtbaren Einzelfällen.

In solcher Zeit der höchsten Gefahr für Staat und Gesellschaft, deren Grundlage mehr denn je in solcher Zeit eine gesunde und leistungsfähige Bevölkerung bilden muß, müßten alle jene Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Ringen erkämpft hat, mit verdoppeltem Eifer gehegt und ausgebaut werden. Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, Fürsorge für Kinder, jugendliche, Krüppel, Schwächlinge, Kampf gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Rachitis, Säuglingssterblichkeit, vor allem Ausbau des Krankenhauswesens, der unentbehrlich gewordenen Einrichtung zur möglichst raschen und gründlichen Wiedergesundmachung aller jener zahllosen wirtschaftlich schwachen Kranken, denen häusliche Pflege und Behandlung versagt ist, müßten von einer einsichtigen Verwaltung im wohlverstandenen Interesse sowohl der Bevölkerung als auch des Staatskörpers selbst mit aller Sorgfalt ausgebaut werden.

Was aber erleben wir tatsächlich? Sturm aller bürgerlichen Parteien gegen die von der Arbeiterschaft erkämpften Errungenschaften! Generalangriff gegen die Sozialversicherung, einstimmiger Ruf nach Abbau ihrer ohnedies fargen Leistungen nach dem wenig nachahmenswerten Vorbilde Deutschlands; und wenn nicht der Minister für soziale Fürsorge mit flammendem Schwerte als Schutzengel vor der Krankenversicherung stünde, so wäre sie heute wohl schon „abgebaut“, d. h. ruiniert. Den Gemeinden und Bezirken wird die Gurgel zugeschnürt, mit allen Mitteln der jadis so graufamen Bürokratie macht man es ihnen unmöglich, die bei uns ohnedies so kläglich geringfügige Fürsorgearbeit — auszubauen! O nein, auch nur aufrechtzuerhalten! Weg mit allen diesen sozialen Fürsorgemaßnahmen, weg mit Beratungsstellen für Lungentranke, Kinderheimen und Erholungsanstalten, mit Bädern und Schulzahnkliniken! Spart, spart, man braucht ja Geld für verkrachte Banken, Soldaten und Waffen, für glühende Patrioten, die „ihre Republik“ so innig umarmen, daß ihr dabei der Atem ausgeht!

Einen starken Schutzwall für alle Bestrebungen zum Schutze der Volksgesundheit und gegen alle Versuche sie dem Verderben preiszugeben, müßte natürlich jenes Ministerium bilden, das diese edle Aufgabe schon in seinem Namen führt. Wie freuten wir uns alle, als bei Aufrichtung der Republik das Gesundheitswesen, das im alten Oesterreich einem bescheidenen Departement des Ministeriums des Inneren anvertraut war, ein eigenes Ministerium erhielt, welche Hoffnungen wurden von all jenen daran geknüpft, die mit Jörn und Erbitterung die Vernachlässigung miterlebten, mit der man in Wien die Fürsorgetätigkeit und das Krankenhauswesen besonders

in der Provinz mißhandelt hatte. Aber bald kam die Enttäuschung! Nach einigen wenigen energischen Anläufen, in denen man im Auslande Bewährtes nachzuahmen versuchte — freilich scheiterte es zum großen Teile an der Mangelhaftigkeit der Durchführung und an der engherzigen, bürokratischen Verböhrtheit, mit der die Selbstverwaltungsträger um ihre Selbständigkeit gekämpft wurden, — versank das Gesundheitsministerium in einen tiefen, nicht endemollenden Schlaf, aus dem es nur einmal im Jahre erwacht, wenn der Gesundheitsminister während der Budgetdebatte sein Exposé hält, in dem er der erstaunt aufhorchenden Mitwelt erzählt, was alles vorbereitet und geplant wird; es geschieht aber nie was! Die Republik hat bisher wenig Glück mit ihren Gesundheitsministern gehabt! Daß man mit einer einzigen Ausnahme — und die war von kurzer Dauer und überdies war es ein Zahnarzt! — noch nie den naheliegenden Versuch gemacht hat, einen Arzt an die Spitze dieses Ressorts zu stellen, sondern — katholische Geistliche und in ihrem Fache außerordentlich hervorragende Statisten mit der Leitung des Gesundheitswesens betraut, gehört zu den unergündlichen Geheimnissen unserer Staatskunst und Parteiregiererei. Das Gesundheitsministerium ist ja ein „unwichtiges“, da sehr man jemanden hin, um eine Koalitionspartei zufriedenzustellen, ob er was davon versteht oder nicht, das ist egal!

Es hätte wohl kein Arzt sich dazu hergegeben, den ungläublichen Erlaß zuzugeben, über den vor einigen Tagen in diesen Spalten berichtet worden ist. Den Gemeinden und Bezirken wird die Errichtung neuer Krankenhäuser schlechthin unmöglich gemacht, während doch neue Krankenhäuser so dringend notwendig sind. Es gibt Krankenhausbetten auf 10.000 Einwohner: in Dänemark 45,3, in Schweden 58,1, in Oesterreich 49,9, in der Schweiz 47,5, in Deutschland 56,9, in England 53,4, in der Tschechoslowakei 26,8. Wer den Jammer miterlebt hat, den es für Tausende bedeutet, die im Erkrankungsfalle vor den verschlossenen Türen des Krankenhauses stehen, verlassen und elend, weil sie nicht wissen, wohin sie ihren kranken Leib betten sollen, der vermag zu ermessen, welche Sünde die Gesellschaft an diesen ihren Stiefkindern begeht.

Man verspricht uns in Böhmen zehn Landeskrankenhäuser! Wer laßt da nicht? Das Land vermag kaum seine gesetzlich vorgeschriebenen wirtschaftlichen Pflichten zu erfüllen, es spart und knappt überall ab, es soll ein paar hundert Millionen auf neue Krankenhäuser aufbringen? Und gar bei uns im deutschen Sprachgebiete? Ein Bluff wie wir deren schon so viele erlebt haben!

Nein, niemand kümmert sich um die Entwicklung unserer Krankenhäuser; den Städten und Bezirken macht man es unmöglich, das Land kontrolliert und sekkert. Um sechs Kronen soll man die Kranken verköstigen, niemand fragt, wie man das machen soll, ob man Magen-, Nieren-, Jüder-, Nieber-, Lungenkranken die ihnen gebührende Diät, die notwendig ist, um sie zu heilen, mit diesem lächer-

lichen Pappenspiel geben kann. Am wenigsten das Gesundheitsministerium.

Wir haben das Krankenhausproblem herausgegriffen, weil der unerhörte Erlaß des Ministeriums den Anlaß dazu bot; aber wir könnten noch viele, viele andere Punkte anführen, auf denen das Ministerium versagt hat — es sei nur an den Kampf gegen

Verderbliches kommunistisches Gaukelspiel.

„Wir stürmen gegen Hunger und kapitalistisches Chaos.“ — „Man muß die revolutionäre Situation organisieren.“ . . . Unter diesen und ähnlichen Schlagworten in Plakatletterengröße gibt die kommunistische Presse wieder einmal charakteristische Anleitungen an ihre Nachläufer.

Es handelt sich um eine ellenlange Resolution des 3. Plenums des ZK der KPD, zu einem Referat des derzeitigen Oberführers Abg. Gottwald. Es muß mehr Leben in die kommunistische Bude kommen, lautet die Parole. Die Betriebsarbeiter, die arbeitende Bauernschaft, die Kleingewerbetreibenden werden für Arbeitsbeschaffung, gegen Steuerdruck und Exekutionen zu mobilisieren versucht.

In den Gebieten der nationalen Minderheiten soll dieser Kampf für die sozialen Forderungen mit dem Kampfe für die nationalen Forderungen verbunden werden, allgemein aber mit dem Kampfe gegen jegliche Form der politischen Unterdrückung und gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges.

Es werden nach diesem Schema P haargenau Anweisungen über die einzuschlagenden Methoden gegeben. Die — berühmten „Roten Gewerkschaften“ erhalten hierbei eine gehörige — „Rase!“ Ihnen wird folgendes wenig ehrendes Zeugnis ausgestellt:

„Bei der Organisierung der Wirtschaftskämpfe in den Betrieben liegen die Hauptschwächen der Partei in den Roten Gewerkschaften, in der ungenügenden Elastizität und Initiative bei der Wahl der Methoden und bei der Wahl der Kämpfe.“

Herr Abg. Gottwald wirft ihnen vor, daß sie es „nicht verstehen, in den Betrieben solche Formen des Kampfes zu wählen, welche die Belegschaft mobilisiert und sie bis zum Streit führen würden.“

Als Kampfmethode wird als ein Beispiel folgendes dringend empfohlen:

„Bei der Entlassung von Arbeitern kommen deren Frauen und Kinder in den Betrieb, in die Werkstatt oder auf den Hof, oder in die Krongelände; die entlassenen Arbeiter gehen nicht selbst aus dem Betrieb, sondern kehren auch nach der Entlassung in Massen zurück und erkämpfen sich den Eintritt; sie gehen in Massen mit ihren Familien zu den Behörden, zu anderen Betrieben, in die Kolonien, unter die andere Arbeiterschaft. Bei Lohnverabfolgungen und Herabsetzungen des Akkordlohnes organisieren wir ein Massenaustreten der Betroffenen, teilweise Arbeitseinstellung, Demonstrationen auf dem Hofe, Massendemonstrationen zur Verwaltung, organisieren unter der Arbeiterschaft eine Unterschriftenaktion für bestimmte Forderungen, organisieren Massendemonstrationen zu den Meistern, zur Betriebsverwaltung, fordern Antwort und in der Zwischenzeit wird in der Mobilisierung fortgeschritten, wir fordern vom

die Tuberkulose und den Ausbau des Schularzteswesens erinnert —; wir warnen! Noch einmal sei daran erinnert, daß die Krise die Volksgesundheit mit den schwersten Gefahren bedroht; sie nach Möglichkeit zu bannen, ist Pflicht und Aufgabe des Gesundheitsministeriums; es erfülle sie, so lange es noch nicht zu spät ist!

Betriebsauschuss Teilnahme an dieser Aktion. Nach der Entfaltung einer bestimmten Bewegung im Betriebe stellen wir praktisch die Frage ihrer Führung, die Frage der Einheit der gesamten Arbeiterschaft, des einheitlichen Aktionsausschusses und so stellen wir immer mehr die Lösung des Streikes in den Vordergrund.“

Wie man sieht, ist der Streit bei den Kommunisten geradezu eine Art Allheilmittel auch in der für Streikämpfe ungünstigsten Wirtschaftssituation.

Für die Agitation unter den Arbeitslosen gibt man folgende Anweisungen heraus:

„Es ist notwendig, die Arbeitslosen persönlich in ihren Wohnungen aufzusuchen, sie zu registrieren, sie auf Versammlungen zu bringen, auf öffentlichen oder vertraulichen Versammlungen ein Aktionsprogramm aufzustellen, einen breiten Aktionsauschuss zu wählen, neben ihm einen breiten Vertrauensmännerkörper nach den Stellungen, Straßen- und Häuserblöcken zu bilden, jedem Vertrauensmann einige Arbeitslose zuzuteilen, mit dem Aktionsprogramm eine Unterschriftenaktion nicht nur unter den Arbeitslosen, sondern auch unter der übrigen armen Bevölkerung, vor allem in den Betrieben organisieren. Durch Massendemonstrationen die Forderungen des Bürgermeisters und anderen in Betracht kommenden Behörden vorlegen, Antwort verlangen, diese durch Massendemonstrationen ganzer Arbeitslosenfamilien, durch Demonstrationen, Versammlungen erzwingen, Massenteilnahme an den Sitzungen der Gemeindevertretungen organisieren, Massendemonstrationen der Gemeinde zu den Bezirksbehörden organisieren, in Massen direkt in die Büren, Paläste und Büros der Kapitalisten gehen usw., usw. Die Bewegung im Ortsumfange soll so rasch als möglich vereinigt und im Bezirksmaßstabe durch Bezirkskongressen der Arbeitslosen, Bezirksaktionsausschüsse und bezirksweises Auftreten gesteigert werden.“

Die Anweisungen, wie die Kommunisten die werttätige Bauernschaft und die bedrückten Kleingewerbetreibenden in „Schönung“ bringen sollen, konnten hier ruhig überfliegen werden, da dürfte der Erfolg nicht allzu groß werden. Schlimmer kann es bei den Betriebsarbeitern und Arbeitslosen werden, wie das traurige Beispiel von Niederindiewiese drastisch zeigt. Dort sind ja die vorstehenden Richtlinien bereits in Anwendung gebracht worden! Nebenbei erwähnt, hat die „Internationale“ und der „Vorwärts“ vom 29. November auf Seite 2 offen zugegeben, daß sich die so blutig endende Demonstration in der Hauptsache gegen den Minister Genossen Dr. Czech wegen der bekanntlich notwendig gewordenen Einstellung der Refundierung an die „Roten Gewerkschaften“ richtete! Im Feldruck heißt es hierbei frech und niederträchtig:

„Die Blutschuld für die Opfer von Niederindiewiese trifft vor allem die sozialfaschistischen Soldknechte des Ausbeuter-

Es kann nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen, daß sich alle von der ZK der KPD

nach dem Vorschlag Gottwalds anbefohlenen Demonstrationen vor allem gegen die gottverfluchten „Sozialfaschisten“ kehren sollen. Ueber die Köpfe der in den Betrieben verantwortlichen gewerkschaftlichen Faktoren unter Beiseiteziehung der Betriebsleitungen soll von den Moskauer politischen Agenten allüberall ein „Wirbel“ hervorgerufen werden, der sich bis zur erschnten — „Revolution“ steigern soll. Es genügen den patentierten Irrrevolutionsmachern nicht mehr Hungeraufmärsche in die Bezirksstädte. Nun werden die Arbeitslosen direkt auf die einzelnen Villen und Paläste der Kapitalisten losgelassen. Was sich dabei ereignen kann oder soll, wird hinter „usw. usw.“ vorsichtigerweise verborgen.

Nicht eine „Expropriation“ der Kapitalisten wird der Erfolg sein, sondern Dinge, die für die „Stürmer“ recht verhängnisvoll sein können. Es ist einfach gewissenslos, so mit dem Schicksal der Proleten zu spielen, um nur einige schäbige parteipolitische Vorteile zu ergattern!

Es ist unsere Pflicht, die Arbeiterschaft auf das verderbliche Gaukelspiel der kommunistischen Drahtzieher mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen.

Zagung des Straßerrates.

Programm für 1932: Reparatur von 227 Kilometern Staatsstraßen.

Prag, 22. Dezember. Heute vormittags fand in Prag die erste Sitzung des neuen, für die dreijährige Funktionsdauer 1931-34 ernannten Straßerrates statt.

Die Sitzung eröffnete und leitete in Vertretung des Ministers für öffentliche Arbeiten Sektionschef Ing. Hermann, der einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Ausbesserungsarbeiten an dem Straßennetz der Republik erstattete.

Die Einnahmen des Straßenfonds seit seiner Gründung, und zwar vom 1. Oktober 1927 bis 31. Oktober 1. J. betragen insgesamt 682.292.601 K., unter Hingurechnung der Anleihe der Zentral-Sozialversicherungsanstalt und des Vorstufes aus den staatlichen Investitionsanleihen 1.297.292.601 K. Ueberdies erhielt der Fonds vom Finanzministerium einen Vorstoß von 296,6 Millionen Kronen.

Weiters wurde über die Ausbesserungsarbeiten an den Staatsstraßen Bericht erstattet. Die Durchführung der Staatsstraßen wurde neuer in größerem Umfange vorgenommen, als im Vorjahre, weil mit Rücksicht auf die Novellierung des Straßengesetzes größere Kredite zur Disposition standen und außerdem, weil auf die zunehmende Arbeitslosigkeit Rücksicht genommen werden mußte. Im heurigen Jahre wurden Regulierungen der Staatsstraßen, einschließlich der Regulierungen, die erst im kommenden Jahre fertig gestellt werden, in einer Länge von 696 Kilometern vergeben. Außerdem wurden Subventionen für Teile von Staatsstraßen gewährt, die 60 Gemeinden durchqueren, in einer Gesamtlänge von 34.449 Kilometern. Dem Arbeitsprogramm für das Jahr 1932 zufolge werden im kommenden Jahre etwa 227,5 Kilometer Staatsstraßen mit einem Aufwand von 127 Millionen Kronen reguliert werden. Hieron entfallen auf die Regulierung von Straßen lokaler Bedeutung in Böhmen 57,8 Kilometer, in Mähren-Schlesien 45,94 Kilometer. Die Regulierung der zusammenhängenden Staatsstraßennetze wird im nächsten Jahre in Böhmen 54 Kilometer, in Mähren-Schlesien 46,6 Kilometer, in der Slowakei 26,32 Kilometer und in Karpatenrußland 28 Kilometer umfassen.

Der Straßerrat wählte dann einen 13gliedrigen Ausschuss für die vorläufige Durchberatung der jährlichen Staatsstraßenprogramme.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Anschul

Und ich habe dich lieb, Erna, aufrichtig lieb, so lieb, wie man einen Menschen nur liebhaben kann. Und du bietest mir deine Freundschaft an. Was ist deine Freundschaft? Ist sie nicht doch nur Gleichgültigkeit oder allerhöchstens ein ganz, ganz kleines fränkchen Interesse. — Wenn du heute jemanden kennenlernst oder vielleicht gar schon kennst, für den du mehr als eine solche Freundschaft empfindest, bin ich für dich null, kennst du nur ihn und hast mich in diesem Augenblick auch bereits vergessen . . .

„Erna blidte ihn bestürzt an. So hatte sie ihn noch nie gesehen. Die Natura hatte ihn kalt gelassen und jetzt, wenn sie ihm nur erklärte, daß sie für ihn bloß freundschaftliche Gefühle hegte, regte er sich auf und gebärdete sich wie ein Verzweifelter. Wie unberechenbar doch die Menschen sind. Für ein bißchen Liebe stellen sie die Welt auf den Kopf und sind bereit, ihr Letztes herzugeben.“

„Na, dich hat's ja ordentlich gepackt“, sagte sie und richtete sich die etwas in Unordnung getatene Frisur zurecht.

Franzl schweig. Nach einer Weile sagte er: „Du meinst, daß es mich gepackt hat? Nein, gepackt hat es mich nicht. Aber vielleicht hast du recht“, murmelte er nach kurzem Schwitzen. „Gepackt. Natürlich, gepackt hat's mich. Wie lustig das doch ist . . . Er lachte, lachte immer mehr, immer heftiger. Aber dieses Lachen klang rau, wie das eines Betrunknen.“

Erna erschraf. Was war mit Franzl geschehen? War er verrückt geworden?

Sie stand auf, nahm seinen Kopf in ihre Hände. „So sei doch vernünftig, Junge“, sprach sie begütigend auf ihn ein. „Nimm dich zusam-

men, es war doch nicht so gemeint . . .“ Sie suchte frampfhaft nach Worten, die ihn beruhigen könnten. Hätte er getobt, es wäre ihr lieber gewesen. Aber dieses Lachen war fürchterlich, das ging durch Mark und Bein.

Endlich kam Franzl zu sich. Seine Blicke irrten im Zimmer umher, gleichsam als suchten sie einen Halt in ihrer grenzenlosen Verwirrung. An Erna blieben sie haften.

„Bist du mir böse, Erna?“ fragte Franzl, dem allmählich die Erinnerung an die Ereignisse der letzten Stunden zurückkehrte.

„Böse? Weshalb denn?“

„Nun, weil . . . ich meine . . . weil ich mich wie ein . . . Vieh benommen habe . . .“

„Sei doch nicht dummt, Franzl. Warum sollte ich dir denn böse sein? Ich selbst war doch schuld daran. Und übrigens kennen wir einander viel zu gut, als daß einer dem anderen nicht sagen dürfte, wie ihm zu Rate ist. In welcher Form immer . . .“ Erna hatte plötzlich den Faden gefunden. Sie erzählte, was sie in der letzten Zeit erlebt hatte und was sie in der nächsten Zukunft zu tun gedente. Sie erwähnte auch, daß sie in diesem Sommer im Inland bliebe.

„Du fährst nicht ins Ausland?“ fragte Franzl rasch.

„Nein“, sagte sie und nannte den Ort, wo sie die Ferien verbringen wollte. „Und du?“ fuhr sie fort, „du fährst wohl nach Hause? Wann fährst du denn?“

Franzl nickte. Daran hatte er bisher noch gar nicht gedacht. Er würde ja mit einer freudigen Vorfreude kommen. Durchgefallen. „Wann ich fahre? Ich weiß es noch nicht“, sagte er und dachte wieder an die Natura.

„Hast du deine Eltern schon verständigt?“ fragte Erna.

Franzl verneinte.

„Dann gehen wir jetzt sofort auf die Post

und du wirft ein Telegramm aufgeben. Sie würden sich doch ängstigen. Komm, gehen wir.“

Sie stand auf. „Bist du bereit? Ja? Also los.“

Der Beamte hatte die Depesche in Empfang genommen. „Wird bestimmt heute zugestellt“, meinte er noch auf Ernas Frage und wandte sich bereits dem Nächsten zu.

„Es würde mich wundern, wenn du mit Georg heute keine Zusammenkunft besprochen hättest“, begann Erna. „Wo habt ihr denn Rendezvous?“

Franzl hatte gänzlich darauf vergessen. Natürlich, um 5 Uhr. Georg mußte schon dort sein.

„Jetzt aber schnell hin“, sagte Erna und beschleunigte ihre Schritte, „du kannst ihn doch nicht warten lassen.“ Sie bestiegen eine Straßendahn.

Der Nachmittag blieb Franzls Natura geweiht. Alle Freuden wurden durchbesprochen. Meinungen geäußert, der Entrüstung über Tolpes niedrige Rache freie Bahn gelassen und als man sich schließlich verabschiedete, vereinbarte man für den nächsten Tag eine Zusammenkunft zu viert. Erna, Gretl, Georg und Franzl. Wie früher einmal.

Als Franzl nach Hause kam, lag eine Depesche auf dem Tisch. Von zu Hause. Er öffnete sie. Vier Worte standen im Text, nicht mehr als vier Worte außer der Adresse und der Unterschrift und diese vier Worte waren: „Mache dir nichts daraus!“

Langsam blidte Franzl dieses gelbliche Papier an, auf welchem eine Maschine ganz gleichgültig ein paar Buchstaben aneinandergereiht hat, seine Gedanken flogen weiter, längs eines dünnen Kupferdrahtes, in ein kleines Postamt, in dem eine Hand, zitternd vor Angst um ihn, ebendieselben Buchstaben ganz und gar nicht gleichgültig auf ein rotumrandertes Papier geschrieben hatte. Noch an demselben Abend kündigte er tele-

graphisch seine Ankunft für den übernächsten Tag an.

XI.

Pfauend fuhr der Zug in die kleine Station ein. Endlich, ein Rud, die Wagen hielten. Franzl sprang auf den kiesbedeckten Bahnsteig. Beim Ausgang wartete die Mutter. Seit Ostern hatte er sie nicht mehr gesehen.

Sie erzählte ihm, was in seiner Abwesenheit vorgefallen war, daß der Vater seit einer Woche über Land sei und erst in wenigen Tagen zurückkomme. Von seinem Telegramm wisse er nichts. Er wisse überhaupt noch nichts. Brieflich oder telephonisch könne man ihm so etwas nicht berichten, er würde sich unnütz aufregen und nicht verstehen, nein, wirklich unverständlich sei das, wie konnte so etwas nur geschehen sein, warum . . .

Jetzt erst begann die Mutter von der Natura zu sprechen. Franzl erzählte ihr alles haarschein.

Warum war Franzl durchgefallen? War es möglich, daß ein Mensch so schlecht sein konnte, wie es dieser Tolpe war, durfte er sich für Dummejungenstreiche auf eine solche Art rächen? Sie schauderte. So ein Mensch wurde auf die Jugend losgelassen, so ein Unmensch war der Führer junger Menschen, gerade in einem Alter, in dem sie am empfänglichsten für alles sind. — Franzl ist durchgefallen. — Aber was lag da schon daran? Der Skandal soll das Zeugnis helen. Franzl wird sich auch ohne Zeugnis behaupten können. Nur soll das erlittene Unrecht keine Spuren hinterlassen haben. Instinktiv witterte sie eine Gefahr für Franzl, etwas . . . Sie wußte im Augenblick keine Worte dafür. — Nicht weiß. — Was wußten denn diese Schulsüchtige von Reife? Ihre Reife war doch purer Zufall. Ein paar Fragen und sie entschieden über ein Leben, einige Jahreszahlen und das Beil kaufte . . .

(Fortsetzung folgt.)

Unser Kampf im Unterhaus.

Von George Lansbury, Führer der englischen Opposition.

Die erste Verhandlungsepisode des englischen Unterhauses nach der Neuwahl ist dieser Tage beendet worden. Sie schloß, wie nicht anders zu erwarten war, mit einer Vertrauensfrage für die von MacDonald geführte nationale Regierung. Die Opposition hat im Unterhaus einen besonders schweren Stand, sie wehrt aber auch, wie die nachfolgenden Ausführungen des Oppositionsführers Lansbury beweisen, zu arbeiten und zu kämpfen.

Manche Leute behaupten, unser Einfluß im Unterhaus sei zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, weil wir zahlenmäßig schwach sind. Das ist jedoch nur teilweise richtig. Eine Opposition, die entschlossen für ihre Ideale eintritt, wird immer fähig sein, den Lauf der Dinge zu beeinflussen. Gewiß konnten wir nicht verhindern, daß die Regierung auf Nahrungsmittel und andere Waren Zölle legte, aber wir haben klar und deutlich den Weg aufgezeigt, den die „Nationale Regierung“ uns führt. Mit scharfer Kritik, mit voller Kraft haben wir uns an der Diskussion beteiligt und alle Mitglieder des Unterhauses anerkannt unsere Mitarbeit. Unsere Freunde im Lande müssen bedenken, daß es für parlamentarisch unerfahrenen Männer nicht gerade leicht ist, zum erstenmal am Rednerpult zu stehen und die Führung einer wichtigen Debatte zu übernehmen. Geradezu hervorragend gestaltet sich die Mitarbeit unserer Abgeordneten. Da unsere Zahl so gering ist, brauchen wir jeden einzelnen, und wenn nur einer oder zwei fehlen, so schädigt uns das. Aber im großen und ganzen sind wir aktiver gewesen als unsere Gegner, was man bestätigt finden wird, wenn die Listen der namentlichen Abstimmungen veröffentlicht werden. Andererseits sind unsere Leute natürlich imstande, Tatsachen aus dem wirklichen Leben aus erster Hand zu geben. Dadurch schaffen sie sogar eine weit günstigeren Stimmung für sich als durch bloße Klugheit oder durch glänzende Rhetorik. Keiner von uns verachtet, nur Rhetorik zu sein; keiner von uns redet bloß um der schönen Worte willen. Solche geistigen Akrobatikstücke überlassen wir den Sophisten und denen, die sonst nichts zu sagen wissen.

Die neue Zusammenlegung des Unterhauses bringt frisches Blut ins Parlament. Die Abgeordneten sind jung, jünger als im allgemeinen Mitglieder des Unterhauses zu sein pflegen. Es ist ein guter Schutz vor den Elementen dabei, die in den Tagen der Koalition als kühn und selbstbewußt bezeichnet wurden. Andererseits ist eine große Zahl von ihnen überzeugt, daß die soziale Rettung von neuen Kräften abhängig sei. Was die Liberalen anbelangt, so haben Birch, Harris und noch ein oder zwei andere gelegentlich mit uns gestimmt. Alle anderen glauben, daß der Verrat am Freihandel durch die Liberalen zwar ein Fehler ist, doch ein wegen seiner Irreversibilität verzeihlicher sei. Wir, die wir die parlamentarische Vertretung der Labour Party darstellen, sind freie, ungebundene Träger der in Scarborough begonnenen Politik. Deshalb verteidigen wir im Unterhaus immer wieder den Freihandel als das geringere Übel von denen, die den Arbeiter heutezuwege bedrücken. Als Abgeordnete betonen wir immer wieder, daß eine Lösung der wirtschaftlichen und industriellen Schwierigkeiten eine vollständige Neugestaltung des industriellen und finanziellen Lebens fordert. Ganz gleich, ob Freihandel, ob Zollmauern, das können wir nicht als das Entscheidende hinhinnehmen. Die Arbeiterbewegung verlangt Reorganisation der sozialen Gesetzgebung, damit endlich die vermehrte Produktion anstatt völligen Wohlstand und Glück für die Masse des Volkes bedeuten. Das Studium der uns zugegangenen Berichte und Memoranden sowie eingehende Debatten überzeugen uns immer mehr davon, daß unsere Politik die richtige ist. Wir werden sie mit Geduld und Zähigkeit zu verteidigen wissen. Man munkelt, in der Regierung werde ein Umschwung eintreten: Lloyd George, Samuel und Runciman würden sich noch einmal zusammenfinden. Wie dem auch sei — die Arbeiterbewegung kann nicht verminderte Koalitionen eingehen. Unser Weg und unsere Politik sind eindeutig festgelegt. Wir wollen den Konkurrenzkampf und tägliche Brot zu einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit ausgestalten. Bei dem Kampf, der augenblicklich vor uns liegt, ist es leicht möglich, daß wir uns mit dieser oder jener Interessengruppe bei den Abstimmungen vereinigen. Keinesfalls aber darf eine solche Verbindung dadurch erlaubt werden, daß wir das auf uns gesetzte Vertrauen auch nur im geringsten entsagen.

Wir alle, damit meine ich sowohl die Abgeordneten als auch jene, die im Lande kämpfen für die Sache der Arbeiterbewegung — wir alle müssen uns daran erinnern, daß die Arbeiterbewegung nicht bloß eine Handvoll Abgeordneter, nicht bloß mit einer Organisationsmaschinerie verbunden ist. Wir vertreten die 7 Millionen Menschen, die es bedürftigsten Wohl abschneiden, noch weiterhin diese unruhige Politik mitzumachen. Deshalb müssen unsere Entscheidungen von dem Vertrauen unruhiger Wähler getragen werden. Daraus kommt die richtige Wahl organisierter Gewerkschafter, die ebenfalls Kraft, Zeit und Geld für die Bewegung

opfern. Präsident Wilson sagte einmal: „Wenn wir das Volk befriedigen, erübrigt sich alles andere.“ Ich wünsche, es würde im Unterhaus

nach diesem Gedankengang gehandelt. Ich für mein Teil glaube daran, daß uns dies gelingen wird. (Daily Herald.)

Der Schlußbericht wird nicht fertig.

Zäher Kampf um das Endresumé?

Basel, 22. Dezember. Die Fertigstellung des Schlußberichtes des beratenden Sonderausschusses begegnet offenbar immer noch großen Schwierigkeiten. Eine heute Nachmittag um vier Uhr zusammengetretene Sitzung des Redaktionskomitees, an der auch die technischen Sachverständigen der deutschen, französischen, englischen und italienischen Vertreter teilnahmen, mußte um 7 Uhr unterbrochen werden. Dr. Reichjör und Rist verließen das Beratungszimmer, um sich mit ihren Delegationen in Verbindung zu setzen.

Die Stimmung wechselt hier nahezu stündlich, ein Zeichen, wie außerordentlich schwierig und delikate die Verhandlungen sind.

Die Besprechungen wurden abends vor zehn Uhr abgebrochen. Die im Anschluß daran ursprünglich vorgesehene vertrauliche Sitzung der Ausschussmitglieder ist abgesagt worden, da verschiedene Delegierte sich vor Uebermüdung außerstande erklärten, heute nachts weiter zu arbeiten.

Das zweite Kapitel des Schlußberichtes, das von den Ursachen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise Deutschlands handelt, konnte im großen und ganzen abgeschlossen werden.

Regierungskonferenz im Haag?

Paris, 22. Dezember. Nach Meldungen der Abendblätter kommt als Ort für die nächste Reparationskonferenz der Regierungen der Haag in Betracht. England hat nacheinander London und Paris ausgeschlossen. Frankreich schlug dann Brüssel vor, was aber auf starken Widerstand Deutschlands stieß, welches Genf oder Lausanne den Vorzug gab. Schließlich fand aber Haag die meiste Zustimmung, wo bekanntlich der Young-Plan ausgearbeitet wurde. Das

Am Mittwoch werden die Besprechungen fortgesetzt.

Wie man hört, werden im ersten Teil des Berichtes die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, ihre Entwicklung und ihre Ursachen eingehend behandelt, unter besonderer Berücksichtigung der Untersuchungen über die Zahlungsbilanz, Auslandsverschuldung, die Lage der Reichsbank, die Lage der Reichsbahn usw. Ein besonderer Abschnitt ist der Weltwirtschaftskrise gewidmet. Im zweiten Teil sind umfangreiche Anlagen mit einer Fülle statistischen Materials untergebracht. Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Budget werden besonders behandelt.

Aus amerikanischen Kreisen verlautet, die Schlußfolgerungen des Berichtes seien zum Teil recht bedeutsam. So z. B. wenn festgestellt werde, daß das allgemeine Bild seit der Aufstellung des Youngplanes sich von Grund auf geändert habe. Wenn in einem Teil der französischen Presse die Tatsache, daß der Bericht keine bestimmten Vorschläge enthalte, als ein Erfolg Frankreichs hinstellt wird, so stellt man nach einer Meldung des Wolff-Büros in amerikanischen Kreisen durchaus nicht diese Auffassung.

Datum für den Zusammentritt der Konferenz ist um den 15. Jänner.

Amerikas Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz.

Washington, 22. Dezember. Präsident Hoover ernannte heute den Vorkonferenzen James zum Führer der amerikanischen Delegation für die Genfer Abrüstungskonferenz. Gleichzeitig ersuchte der Präsident um Bewilligung von Mitteln für die Beteiligung Amerikas an der Konferenz. Da diese vielleicht viele Monate dauern werde, forderte er als erste Rate 450.000 Dollars an.

Kämpfe mit Kurdenstämmen.

Bagdad, 22. Dezember. (Reuters.) Bei Zusammenstößen zwischen britischen Militärabteilungen und Kurdenstämmen wurden ein Offizier und dreizehn Unteroffiziere, bzw. Soldaten der Irak-Truppen getötet. Die Kurden verloren bei den Kämpfen zwanzig Tote und dreißig Verwundete.

Gömbös als Diktator?

Paris, 22. Dezember. „Le Petit Journal“ schreibt, daß sich die seit einiger Zeit von einer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise hart bedrängte Regierung Károlyi fast unmerklich vor dem Zusammenbruch befindet. Die politische Agitation habe in dem Honvédminister Gömbös ihren Hauptführer, der, wie erklärt wird, die Errichtung seiner persönlichen Diktatur vorbereite.

Steiffal noch immer Staatslieferant?

Bekanntlich wird der tschechische Kohlenwerkbesitzer Steiffal fleißig verfolgt. Er hält sich derzeit im Auslande auf, um sich der Verfolgung durch die tschechoslowakischen Behörden zu entziehen. Aber Steiffal ist noch immer Lieferant für einzelne Staatsunternehmungen. Er ist an der Gesellschaft für Ein- und Verkauf von Kohlen- und Koks in Prag, die ein Gesellschaftskapital von 350.000 K hat, neben dem Staat mit 168.000 K beteiligt. Wie ist es möglich, daß staatliche Kohlenlieferungen an eine Gesellschaft vergeben werden, an der ein fleißig verfolgter Betrüger beteiligt ist? Warum wird diese Gesellschaft nicht endlich aufgelöst?

Kohlenaktion für die Arbeitslosen.

Prag, 22. Dezember. Die Minister für Volkswirtschaft, öffentliche Arbeiten und Eisenbahnen haben sich über die Weise geeinigt, in der sie den beschäftigungslosen Arbeitern und Angehörigen eine bedeutende Menge Kohle verschaffen würden. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten beschaffte bisher zu diesem Zweck 500 Waggons Braunkohle, das Eisenbahnministerium sagte eine bedeutende Erleichterung der Transporttarife zu, das Verkehrsministerium übernahm die Finanzierung des Transportes und die Organisation der Verteilung durch die Bezirksbehörden und die Gemeinden. Einige Grundbesitzer versprachen, die Aktion durch Gewährung einer angemessenen Menge Kohle entweder umsonst oder zu herabgesetztem Preis zu unterstützen. Die Verteilung der Kohle an die Arbeitslosen erfolgt im Jänner. (Amstich.)

Die „Anklagen“ des Herrn Steiffal und die deutsche Sozialdemokratie.

Tschechische Blätter haben ein Telegramm des Herrn Steiffal aus Bern abgedruckt, worin er Andeutungen über allerhand Beziehungen macht, die er zur Sozialdemokratie unterhalten habe und behauptet, er sei dieses Wissens wegen verfolgt worden. Die „Reichsberger Zeitung“ gibt diese Darstellung so weiter, daß der Leser glauben könnte, sie meine dabei auch die deutsche sozialdemokratische Partei. Wir machen darauf aufmerksam, daß von seiten der deutschen Sozialdemokratie jede Behauptung, die nicht eindeutig eine Einbeziehung unserer Partei

in die Affäre ausschließt, als Verleumdung bezeichnet und verfolgt werden wird. Wir warnen vor allem die „Reichsberger Zeitung“ davor, Dinge zu verbreiten, für die ihr jeder Beweis fehlt!

Angeklagtenberatung. Die Sektion der Privatangestelltenverbände im Deutschen Gewerkschaftsbund hielt am 20. Dezember d. J. in Prag eine ihrer ordentlichen Tagungen ab. Nach den Berichten der Genossen Kirchhof, Macoun, Bergmann wurde vor allem über die wirtschaftliche Lage und über die von den Gewerkschaften geforderten Maßnahmen beraten, um zumindestens eine Wiederrück der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände herbeizuführen. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund betriebenen Forderungen wurden anerkannt. Mit Genugtuung wurde bei der Besprechung der sozialpolitischen Gesetzgebung festgestellt, daß das Jahr 1931 den Angehörigen einige Fortschritte gebracht hat: Das Gesetz über die Anrechnung der nichtverpflichteten Dienstzeit, die Vorbereitung der wirtschafstlichen Verträge mit dem Deutschen Reich und Oesterreich hinsichtlich der gegenseitigen Anrechnung der erworbenen Beitragszeit in der Pensionsversicherung, das Gesetz über die Arbeitsgerichte, das Gesetz über den 5-Uhr-Abendenschluß am Weihnachtabend und die Verlängerung des Steuerübernahmungsverbot bis Ende 1933. Es wurde dabei mit Dank die Tätigkeit des jetzigen Ministers für soziale Fürsorge, Gen. Dr. Czech, und der sozialdemokratischen Parteien hervorgehoben, die sich besonders den Schutz der Angehörigen angelegen sein lassen. Im Zusammenhang damit wurden die Berichte über eine Reihe notwendiger Änderungen des Pensionsversicherungsgesetzes, so die Herabsetzung der Altersgrenze für den Anfall der Altersrente, Ueberweisung der Prämienreserven der Träger der Sozialversicherung, über die Krankenversicherung der Angehörigen, entgegengenommen. Die Tagung nahm ferner in ausführlicher Weise zur Einführung der 40-Stunden-Woche Stellung. Es wurde der Antrag der Abgeordneten Macoun und Tabery und der Entwurf des Ministers für soziale Fürsorge eingehend besprochen. Sie stellten mit Nachdruck fest, daß bei der heutigen sogenannten Rationalisierung der Betriebe die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne weiteres möglich und mit Rücksicht auf die notwendige Einsparung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess unbedingt notwendig sei.

Landessubventionen für deutsche Vereine und Institutionen.

Der Landesauschuß für Böhmen hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember die Bauarbeiten und Maschinenrichtungen für die Landesinstitute im Gesamtwert von 550.000 Kronen vergeben, Landesbeiträge für Reliquationen in der Höhe von 190.000 K bewilligt und 42 Gemeindebudgets durchberaten, sowie 43 Gemeinden die Einhebung verschiedener Steuern und Abgaben zugestanden. Außerdem hat der Landesauschuß Landesunterstützungen für soziale, wissenschaftliche, kulturelle und volkserzieherische Zwecke und 26 Gemeinden Subventionen für den Bau von Telefonanschlüssen gewährt. Landessubventionen für 66 Straßenbauten wurden in der Höhe von 4.027.000 K und für 12 Brückenbauten in der Höhe von 1 Million K gewährt.

Bei der Verteilung der Landessubventionen wurde eine Reihe deutscher wissenschaftlicher und sozialer Vereine und Organisationen mit größeren Beträgen bedacht. Es erhielt u. a. die Deutsche Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst 20.000 K, die Deutsche Akademie für Musik und Kunst denselben Betrag, der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen 8000 K, die Zeitschrift für Bildungswesen in Teplitz 5000 K. Größere Subventionen erhielten auch die Arbeiterturner, die Kinderfreunde und die Arbeiterfürsorge. Die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg erhält von dem Gesamtbetrag von 600.000 K, welchen das Land für beide Landeskommissionen in Böhmen bestimmt, 200.000 K.

Ministerrat.

Prag, 22. Dezember. In der heutigen Sitzung des Ministerrates wurde das Handelsabkommen mit Brasilien gebilligt und die Richtlinien für die Veranstaltung internationaler Kongresse in der Tschechoslowakei unter offizieller Patronanz herausgegeben. Es erfolgte die Ernennung des tschechoslowakischen Mitgliedes der Beratungskommission für Verlebe und Transit beim Völkerbund.

Gebilligt wurden die Entwürfe der Regierungsverordnungen betreffend die Änderung einiger Vorschriften über die Gemeindefiskalbeiträge, betreffend weitere Detailvorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Arbeitsgerichte (Geschäftsordnung und Ertrag für die Richter) und betreffend die Durchführungsbestimmungen zum Zündmittelsteuergesetz.

Gebilligt wurden die Richtlinien für die Bemessung der Teuerungszulage und des Weihnachtbeitrages an die wirtschaflichen Lehrer in der Slowakei und Karpatenrußland im künftigen Jahre nach Analogie der Staatsangestellten.

Schließlich wurden die laufenden Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten der Tagesordnung und eine Reihe von Personalvorschlägen betreffend die Staatsangestellten angenommen. Die nächste Sitzung des Ministerrates findet nach Neujahr statt.

Ausklang des Falles Babette Groß. Nach der Entlastung wurde allgemein die Einstellung des Strafverfahrens wegen Gebeimbündelerei nach § 15 des Schutzgesetzes erwartet, das gegen die Frau des Berliner kommunistischen Zentralverlegers Münzberg beim Kreisgericht in Reichenberg anhängig gemacht wurde. Das Justizministerium hat nun nach beinahe vier Wochen während der Untersuchung die Einstellung der Voruntersuchung verfügt und der Staatsanwaltschaft die Akten mit dem Bemerkten überliefert, das Verfahren wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz, d. i. wegen unerlaubter Kolportage einzuleiten. Es wurde hier vor wenigen Tagen schon darauf verwiesen, daß diese Bestimmung, die jeden freien Zeitungsverkauf außerhalb des Gesetzes stellt, ein Unikum im gegenwärtigen Leben darstellt, weil die Zeitungskolportage zu den normalen Erscheinungen unseres Lebens gehört und eine allfällige Verurteilung der deutschen Schriftstellerin würde darum kein Ruhmesblatt unseres Rechtslebens darstellen. Noch viel bedenklicher aber muß die Tatsache bleiben, daß nach den Angaben des Justizministeriums selbst die Akten vor der Einstellung des Verfahrens erst dem Innenministerium zur Aeußerung vorgelegt wurden. Es sei daran festgehalten, daß seit den glücklichen Zeiten einer Maria Theresia immer die Ansicht vorherrschend war, daß Justiz und politische Verwaltung streng zu trennen sind; ist nun das Interesse des Staates an der Wahrung der Gesetze im Sinne der Strafprozessordnung den Interessen eines rein politischen Innenministeriums gleichzustellen, das als oberste Polizei- und Gendarmereinstanz nicht immer die Gerechtigkeit gepachtet hat? Woher soll diese Entwicklung in unserem Staat führen? Mühseliche Vergebens werden entscheidend im Stadium des Strafverfahrens vom Verteidigungsminister beeinflusst; politische anscheinend vom Innenminister; weist diese Entwicklung nicht zu bedenklich ins Politische?

Die größte illustrierte Wochenschrift erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Tagesneuigkeiten

Der Brand des Stuttgarter Schlosses.

Stuttgart, 22. Dezember. Auf der Südseite des alten Schlosses stürzte heute vormittag unmittelbar neben dem Eckturm ein beträchtliches Stück des Gebäudes gerade da, wo zahlreiche Feuerwehrlente noch im Kampfe mit den lodernden Flammen standen, in sich. Drei Feuerwehrlente wurden mit in die Tiefe gerissen. Die Gebäudetrümmer trafen am Boden die mit Schutzarbeiten und mit der Absperrung beschäftigten Mannschaften.

Gleich darauf stürzte auch auf der rechten Seite des Turmes ein großer Teil des Dachgebälges in sich zusammen. Auch hierbei wurde ein Feuerwehrlente aus der Höhe des zweiten Stockes in die Tiefe gerissen.

Soweit sich bisher hat feststellen lassen, wurde ein Feuerwehrlente getötet, während nach einem anderen, der sich noch unter den Trümmern befindet, soll, gegraben wird. Sieben Feuerwehrlente wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Vier Schwerverletzte liegen noch an der Unfallstelle.

Die Gesamtzahl der Opfer des Einsturzes wird auf drei bis vier Tote und acht Schwerverletzte angegeben. — Die Bemühungen zur Bergung des bei dem Einsturz verschütteten Feuerwehrlentes waren lange erfolglos, da die Feuer an die Trümmer des zusammengebrochenen Dachgebälges und der beiden Stochwerke des Verbindungsteiles zwischen Südfügel und südlichen Mantelturm nicht herankommen konnte. Erst wenige Minuten vor 15 Uhr gelang es, den Vermissten, den 42-jährigen Feuerwehrlente Weigel, der wie das erste Opfer der freiwilligen Feuerwehr Juffenhausen angehört, als Leiche aus dem Schutt herausgehoben. Feuerwehrlente hatten von oben aus einen Stiefel aus dem Schutt herausgetragen, worauf sie den Toten fanden. Die Frau des Weigel war schon am frühen Nachmittag völlig zusammengebrochen und vom Platz getragen worden. Bei dem Einsturz ist auch die Dreiecker der Ehinger Feuerwehr zerschmettert worden.

Autounfall der Nazisführer.

Hilser bricht sich einen Finger.

Berlin, 22. Dezember. Auf der Chaussee bei Kortz verunglückte das Auto, in dem Hilser, Goebbels, General Epp und andere Führer der NSDAP sowie der Pfarrer, der Goebbels vor kurzem mit Frau Marja Duant getraut hatte, saßen. Der Chauffeur wurde schwer verletzt. Die übrigen Insassen konnten nach Anlegen von Notverbänden entlassen werden.

Der „Angriff“ berichtet hierüber folgende Einzelheiten: Hilser's Auto rannte mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum. Hilser stürzte gegen die Windschutzscheibe und brach sich einen Finger. Am schwersten wurde der Fahrer Thoma mitgenommen, der mit einer Gehirnerschütterung im Kreis Krankenhaus liegt. Hilser konnte, ebenso wie der mitfahrende Pastor nach Anlegung eines Verbandes die Fahrt fortsetzen.

Deckeneinsturz im Vatikan.

Sechs Personen unter den Trümmern.

Rom, 22. Dezember. In einem Teile der vatikanischen Bibliothek sind an dem Hof des Belvedere zugekehrten Seite die Decken in drei Stockwerken eingestürzt. Man befürchtet, daß Menschen unter den Trümmern begraben sind. Der Einsturz erfolgte in dem Flügel der Bibliothek, der zur Zeit des Papstes Sixtus V. gebaut wurde und nach ihm benannt ist. Er enthält zahlreiche Kunstwerke. Ein großer Teil der an den Wänden stehenden Bücher ist unbeschädigt geblieben.

Bei dem Einsturz wurden drei Arbeiter und ein Angestellter der Bibliothek, die nicht rechtzeitig auf den Hof hinausspringen konnten, unter den Trümmern begraben, ebenso ein Gelehrter, der gerade in der Bibliothek arbeitete.

Rund 20.000 Bände, bei denen es sich fast ausschließlich um Druckwerke handelt, wurden unter den Trümmern begraben. Die unerschlichen Manuskripte, die bis in das vierte Jahrhundert nach Christus zurückreichen, dürften mit ganz wenigen Ausnahmen unbeschädigt geblieben sein.

Nach den bisherigen Feststellungen sind die Wandresellen in den drei Stockwerken so gut wie unbeschädigt, dagegen sind die Deckengemälde vernichtet.

Eine Radioaffäre in Wien.

Wien, 22. Dezember. Heute ist der Radiogroßhändler E. Goldschmid auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft ergangenen Auftrages von den Sicherheitsbehörden in Haft genommen worden. Wie verlautet, dürfte diese Verhaftung im Zusammenhang mit einer Radiogeschäftsaffäre stehen, die in letzter Zeit großes Aufsehen erregt hat und die auch Anlaß war, daß ein höherer Ministerialbeamter in Disziplinaruntersuchung gezogen worden ist. Weitere sensiblen Verhaftungen stehen angeblich unmittelbar bevor.

Der siebente Tag des Stibrun-Prozesses.

Allerlei Entlastungszeugen. — Abg. Koudelka sagt aus.

Prag, 22. Dezember. Nach Verlesung etlicher Protokolle tritt heute eine Reihe von Entlastungszeugen auf, die behaupten, daß Stibrun und Scharabyl einander in der fraglichen Zeit nicht gekannt haben. Einer von ihnen ist ein Stibrun-Kolporteur, der sich wieder auf die Mitteilung

eines akademischen Raters namens Rohaut beruft, der dem Eisenbahnministerium Staublosle (Stefan) wollte

und sich an Scharabyl gewendet hat, der ihm den Beschuldigten, er kenne Stibrun persönlich nicht. Die übrigen Zeugen behaupten gleichfalls, daß die Angeklagten einander nicht gekannt hätten. Einer von ihnen wird wegen falscher Zeugenauskunft in einer anderen anderen Sache verfolgt.

Nach kurzer Verhandlungspause wird

Abg. Koudelka

einvernommen. Er konstatiert, daß die Behauptung Stibrun's, man habe ihm durch die Vorpiegelung, daß Beweiskräfte im Akt erliegen, Ausflüchte erlaubt, auf Unwahrheit beruhe. Er schildert auf Befragen des Vorsitzenden eingehend die Technik des Untersuchungsaktes, wobei es zu

heftigen Zusammenstößen mit der Verteidigung und Stibrun persönlich

Wieder eine Hinrichtung nach dem Standrecht.

Budapest, 22. Dezember. (M.Z.) Heute wurde vor dem Standgericht der Prozeß gegen Stefan Horvath durchgeführt, der einen Polizisten, von dem er bei einem Einbruch an der Peripherie erlappt worden war, Ende voriger Woche ermordet hatte. Schon in den frühen Morgenstunden erschienen Hunderte von Neugierigen im Gerichtsgebäude, die der Verhandlung beiwohnen wollten. Im Verhandlungssaal und in den Gängen entstand ein großes Gedränge, so daß ein großes Polizeiaufgebot die Ordnung herstellen mußte. Vor der Verhandlung, die erst gegen 1 Uhr nachmittags begann, fand am Tatort noch ein Lokalangestellter statt. Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte das Standgericht den Angeklagten zum Tode durch den Strang.

Horvath wurde abends um Viertel 8 Uhr im Hofe des Sammelgefängnisses gehängt. Totenbleich mit wammelnden Schritten kam der Delinquent auf den Richtplatz. Vor dem Galgen fiel er in die Knie. Das Todesstricken dauerte dreizehn Minuten.

Für den Bau des neuen Krankenhauses in Graslitz. In der letzten Sitzung der Graslitzer Stadvertretung wurde, wie uns berichtet wird, mit Rücksicht auf die steigende Arbeitslosigkeit beschlossen, eine Entschließung an die Bezirksbehörde zu richten und darin die Beschleunigung der Bauarbeiten für den Neubau des Bezirkskrankenhauses zu fordern, weil durch die Inanspruchnahme dieses Baues nicht nur einer größeren Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung geboten, sondern auch den gerade derzeit anlässlich des Auftretens von Infektionskrankheiten besonders fühlbaren Mängeln des bisherigen Graslitzer Krankenhausbetriebes abgeholfen werden könnte.

Das vierte Opfer. Wie uns aus Weipert im Erzgebirge berichtet wird, hat dort eine von der Firma Franz Gahler und Söhne entlassene Angestellte Selbstmord dadurch begangen, daß sie sich in den Teich bei Pleiß stürzte. Die Unglückliche konnte nurmehr als Leiche geborgen werden. Es ist auffällig, daß in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum nicht weniger als vier Angestellte der erwähnten Firma nach ihrer Entlassung Selbstmord verübt haben.

Verschundene Sechzehnjährige. Die sechzehnjährige Franziska Lechl aus Altrosbau ist seit einigen Tagen spurlos von daheim verschwunden. Das Mädchen ist schwarzhaarig, von mittlerer Statur und war zuletzt mit einem rosa Kleid, dunklem, weißkariertem Mantel und weißer Mütze bekleidet.

Schnebericht vom 22. Dezember: Erzgebirge: Naturfreundehaus Rollen-dorf: Schneehöhe 20 Zentimeter, Temperatur minus 5 Grad, Nordwind, anhaltendes Wetter, Raubkrei, Schneemäße mäßig, Rodelbahn gut. — Erzgebirge: Naturfreundehaus Röllingshöhe: Schneehöhe 4 Zentimeter (20 Zentimeter Neuschnee), Temperatur minus 8 Grad, St. und Rodelbahn gut.

Ein französisches Militärflugzeug mußte auf der Höhe von Cherbourg infolge Motorstörung auf das Meer niedergehen. Der Apparat versank in den Wellen. Die beiden Insassen ertranken.

Schiff im Sturm. Der Kapitän des im Hafen von Glasgow mit Verpachtung eingetroffenen Transocean-Dampfers „Austonia“ erklärte, sein Dampfer sei während der Ueberfahrt dreimal in außerordentlich heftige Stürme geraten. In allen drei Fällen mußte der Kapitän anhalten und den Dampfer mit dem Bug gegen den Sturm heidrehen lassen und in dieser Position das ärgste Wüten des Sturmes abwarten. Am 16. Dezember überschwebte eine außerordentlich hohe Sturmsee das am höchsten gelegene Promenaden, wobei das Wasser alle nicht besetzten Stühle und Tische ins Meer rief. Das Schiff lenkte sich hierbei gefährlich zur Seite und die Welle schleuderte einige Personen so heftig

gegen die Brüstung, daß eine Frau schwer verletzt wurde. Der Kapitän erklärte, daß sowohl die Mannschaft als auch die Passagiere während dieser aufregenden Augenblicke außergewöhnliche Tapferkeit zeigten.

Heilseher-Arbeit. Vor der Zivilkammer beim Landgericht III in Berlin fand am Montag ein Termin in der Klagephase statt, die der Heilseher Fritz Jan Hanussen gegen seinen Konkurrenten, den Parapsychologen Max Roede, angehängt hat; eventuelle Beweisaufnahme und Urteilsverkündung wird jedoch erst nach Weihnachten erfolgen. Vorläufig hat Hanussen gegen Roede eine einstweilige Verfügung erwirkt. Durch die Verfügung wird es dem Beklagten Roede unterlag: 1. Fern Hanussen als einen „Tisch- und Heilseher“ zu bezeichnen, 2. sich selbst als gerichtlichen Sachverständigen in Berliner Hanussen-Prozessen auszugeben und 3. unzulässige Schärfe in seiner Kritik gegenüber Hanussen zu vermeiden. Roede will sich den Bestimmungen dieser Verfügung auf die Dauer jedoch nicht unterwerfen und hat deshalb verlangt, daß im Prozeßwege darüber entschieden werde. Hanussen ließ nun wieder durch seinen Anwalt erklären, daß er es sich nicht gefallen lassen wolle, durch Roede länger „in den Dreck gezogen“ zu werden; Roede solle an „harter Nebenverpflichtung“, die sogar die Grenze des Pathologischen freilege. Der Anwalt Roedes machte demgegenüber den Standpunkt geltend, daß Hanussen eben nichts weiter als ein Tischheiler wäre, indes kein Randant sich als Wissenschaftler bemühe, die Fragen des Okkultismus nach streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Herr Hanussen sei ein Kritiker und als solcher könne er nicht „wegen unzulässiger Wettbewerbs“ die Unterlassung jeder Kritik verlangen.

Kältewelle im Süden. Südeuropa leidet unter einer ungewöhnlichen Kältewelle. Aus den Alpen und aus dem Schwarzwald werden bis zu 20 Grad Kälte und eisige Ostwinde gemeldet. In München maß man am Montag 21 Grad unter Null. Auch an der Riviera liegen die Temperaturen weit unter dem Nullpunkt.

Meuterei vor Gericht. Beim Einlaufen des deutschen Dampfers „Africa“ in Emben wurden 16 Mann von der Besatzung von Bord weg verhaftet. Sie haben sich wegen Meuterei im Hafen von Bamun zu verantworten.

Ermordung eines Chauffeurs. In der Nähe von Nalms wurde ein junger Chauffeur erschossen aufgefunden. Vom Täter konnte nur festgestellt werden, daß er in einem Auto gesteuert ist.

Die Gattin und zwei Kinder erhängt. In Lemberg hat der Schlossermeister Ostrowski seine Gattin und keine zwei kleinen Kinder erhängt. Ostrowski gab an, daß seine Gattin die Kinder in einem Bahnsundenschiff erhängte und sich sodann auf die gleiche Weise entleibe, doch hat die polizeiliche Voruntersuchung ergeben, daß Ostrowski der Mörder seiner Familie ist. Der Täter wurde verhaftet.

Verhungertes Goldfischer. Im Alter von 80 Jahren hat auf der englischen Insel Man Frederic Stubbs, der Gründer von Johannesburg, in bitterster Not. Anfang der achtziger Jahre hat Stubbs in Südafrika viel Gold gegraben und zu Geld gemacht — später aber wurde er von der „Konkurrenz“, die ihm den besten Raum wegschnappte, verdrängt. Als der erste Goldrausch vorüber war, ist Stubbs nie wieder zu Vermögen gekommen.

Frauen als Alkoholsmuggler. Der Chef des Zollamtes in Detroit teilt mit, daß 85 Prozent des von Kanada nach USA eingeführten Alkohols von Frauen eingeschmuggelt werden würde. Nicht nur, daß die Frauen rein „technisch“ den männlichen Bootleggern überlegen seien, unterbieten sie sie auch noch in den Preisen und begnügen sich mit einem Gewinn von etwa 2 Dollar für die Flasche unverbündanten Alkohols. Häufig hat man den Teuf beobachtet, daß Frauen die Alkoholflaschen in Windaeln und Tücher eingewickelt haben, damit man den Eindruck gewinne, daß sie in mütterlicher Besorgtheit ihre Babys recht warm halten.

An alle Abonnenten und Kolporteurs!

Anlässlich der Weihnachtsleiertage erscheint unsere Weihnachts-Ausgabe am 25. Dezember zur gewohnten Stunde. Die Ausgaben vom 26. und 27. Dezember entfallen. Die nächste Nummer erscheint wieder am Dienstag, den 29. Dezember zur gewohnten Stunde.

Die Verwaltung.

„Die Sicherheit der Armee“.

Der Oberleutnant als Generalissimus oder der entsefelte Hoteller.

SPD. Vor dem Divisionsgericht in Zürich hatte sich ein Oberleutnant wegen Freiheitsberaubung zu verantworten. Er wurde freigesprochen.

Der der Handlung: Der Bahnhofspolizist in Zürich, Menschenleer, es geht gegen Witternacht. Einige verspätete Dummker, vor ihren Wagen wartende Taxichauffeurs, hier und da ein spärlich besetzter Straßenbahnwagen.

Pflichtig erscheinen im Taktschritt vier Offiziere, marschieren quer über den Platz. Aus dem Hintergrund hört man den ironisch begleitenden Ruf: Links zwei, links zwei — und ähnliche, wenn auch kräftigere Bemerkungen. Die Offiziere kehren um und einer von ihnen, Oberleutnant Wang, im Zivilberuf Hoteller in Nizza, fährt einen Chauffeur an: „Was händ Sie seid?“ (Was haben Sie gesagt?) Der Chauffeur antwortet: „Kur nicht so von oben herab, wir sind nicht auf dem Kasernenhof!“ Wortwechsel, in dem die Offiziere, denen eine wachsende Zuhörermenge unerblickt ihre feindselige Gemütskunft kundtut, offensichtlich den Kürzeren ziehen.

Daraufhin Abmarsch der versammelten Kriegsmacht. In der Kaserne: Alarm! Achtundzwanzig Unteroffiziere mit aufgepflanztem Bajonett, die Offiziere mit Säbeln und geladenen Pistolen, begeben sich auf den Kriegspfad. In kühnem strategischem Manöver schleichen sie sich in zwei Gruppen an den „Feind“ heran, der unerblicklich freilich — durch einen Unbekannten alarmiert — teils den Kriegsschranz bereits verlassen hat, teils sich an-schließt, es zu tun.

Kriegsausbruch: Der Taxistand wird umzingelt. Zwei Chauffeurs werden trotz tapferer Gegenwehr gefangenengenommen. Die Intervention einer befreundeten Macht, der Stadtpolizei, wird als unfreundliche Handlung zurückgewiesen. Die Gefangenen werden im Triumphzug in die Kaserne zurückgebracht.

Am nächsten Morgen, die beiden Kriegsgefangenen sind noch in der Kaserne, erklärt der Schiffskommandant dem Oberleutnant Wang: „Im Prinzip haben Sie nicht richtig gehandelt, aber es freut mich, daß Sie sich doch darauf los gegangen sind. Und der Kreisinspektor äußert: Ich spreche dem Oberleutnant Wang für sein mannhaftes Verhalten meine Anerkennung aus.“

Am Nachmittag werden die beiden Gefangenen wieder in Freiheit gesetzt: Der Waffensüßhänd zwischen Militär und Zivilbevölkerung ist abgeschlossen.

Sechs Monate später: Sitzung des Bezirksgerichts. Angeklagte: die beiden Chauffeurs. Sie appellieren gegen eine ihnen von der Polizei wegen Belästigung von Offizieren auferlegte Buße.

Es gelang den scharfsinnigen Anwälten der beiden Chauffeurs, den Radmeis zu erbringen, daß die beiden Angeklagten nicht notwendigerweise die Urheber der Belästigung sein müssen.

Nach eingehender Beratung hebt das Bezirksgericht die Bußverfügung auf.

Drei Tage darauf: Divisionsgericht. Ganz großer Tag. Angeklagt der Hoteller (Oberleutnant) Wang. Nach der maßvollen, aber eindringlichen Rede des Auditors, der die Anklage wegen Beschlämmung und Freiheitsberaubung vertritt, erhebt sich der Verteidiger: Die tatsächliche Durchführung der Aktion war gut und fand uneingeschränktes Lob bei den Vorgesetzten. Die Rechtsauffassung des Oberleutnant Wang ist Gemeingut des Offizierskorps. Und als Höhepunkt der Verteidigungsrede: „Ich persönlich vertritt diese Ansicht auch, daß Belästiger in die Kaserne mitzunehmen sind.“

Urteilsberatung. Lange Pause. Endlich das Urteil:

Herr Oberleutnant Wang wird freigesprochen unter Uebernahme der Kosten aus die Gerichtskosten. „Locil er nicht im Bewußtsein der Rechtsverbrigkeit, sondern aus dem Empfinden heraus, pflichtgemäß geeignete Maßnahmen zur Sicherheit der Armee (!) zu treffen, gehandelt hat.“

So geschah im Jahre des Heils 1931. In der helvetischen Republik. R. D.

Vom Rundfunk

Donnerstag.

Prag: 11.00 Schallplatten. 20.00 Schallplatten. 21.15 Weihnachtslieder. 21.50 Tischische Weihnachtsmusik. 23.05 Schallplatten. — Wien: 20.30 Weihnachtsfeier. — Berlin: 17.00 Klassische Unterhaltungsmusik. — Breslau: 19.30 Es kumpf ein Schiff anfahren, deutsche Volkslieder. — Königsberg: 17.15 Literarische Weihnachtsen. — Königsberg: 19.30 Weihnachtslieder. — Leipzig: 20.30 Weihnachtskonzert. — München: 18.30 Kammermusik. 20.30 Die Nacht des Hirten. — Wien: 18.25 Jugendbühne. 21.30 Konzert.